

Beschluss des LSVD-Verbandstages 2013

**Solidarität mit Lesben und Schwulen in Russland und der Ukraine  
Deutschland muss Kampf für Menschenrechte unterstützen!**

Das russische und das ukrainische Parlament debattieren Gesetze gegen die „Förderung von Homosexualität“. Die Initiatoren der Gesetzesentwürfe wollen Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle (LSBTI) in die gesellschaftliche Unsichtbarkeit zwingen und ihnen das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie auf freie Entfaltung der Persönlichkeit absprechen.

In der russischen Föderation haben bereits zehn Regionen solche Gesetze verabschiedet. In erster Lesung hat die Staatsduma am 25. Januar 2013 ein Bundesgesetz verabschiedet. Das ukrainische Parlament hat am 2.10.2012 in erster Lesung ein Gesetz zum „Verbot der Propaganda von Homosexualität“ angenommen.

Beide Gesetzesvorhaben sind mit der Mitgliedschaft Russlands und der Ukraine im Europarat unvereinbar. Sie schüren Homophobie und Vorurteile und werden Intoleranz und Hass gegen Minderheiten befördern und institutionalisieren. Alle Mitgliedsstaaten des Europarats sind an die "Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten" (EMRK) gebunden, die die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie das Verbot der Diskriminierung postuliert.

Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte verstößt die Benachteiligung von Lesben und Schwulen wegen ihrer sexuellen Identität gegen das Diskriminierungsverbot des Art. 14 EMRK in Verbindung mit Art. 8 der EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens). Die Gesetzesvorhaben widersprechen auch nationalem Recht und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Sie zielen darauf ab, die stärker werdende Bewegung der LSBTI in Russland und der Ukraine mundtot zu machen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, im Konzert mit den europäischen Partnern gegenüber der russischen und der ukrainischen Regierung gegen die Gesetze zu protestieren und sie klipp und klar als das zu verurteilen, was sie sind: Ein Anschlag auf die Menschenrechte. Die ständige Verletzung von Konventionen und Verträgen, die beide Länder unterzeichnet haben, darf nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Wer sich außerhalb Europäischer Menschenrechtsnormen positioniert, verdient die Missbilligung der Politik und Gesellschaft. LSBTI benötigen den Schutz und die Fürsprache all derjenigen, die mit russischen Entscheidungsträgern im Dialog stehen.

Hier sind alle gefordert: Deutsche Politikerinnen und Politiker aller Parteien, die Kommunen mit Städtepartnerschaften in Russland und der Ukraine sowie deutsche Unternehmen, die in beiden Ländern aktiv sind, sie alle müssen ihre Gesprächspartner in Russland zur Einhaltung der universell gültigen Menschenrechtsnormen ermuntern.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihren Einfluss geltend zu machen und gemeinsam mit den anderen EU-Staaten gegenüber den russischen und ukrainischen Gesprächspartnern klare Worte zum Schutz der Menschenrechte zu finden. Die Bundesregierung muss kontinuierlich weiter auf die russische und die ukrainische Regierung einwirken, um die geplanten Gesetze zu verhindern. Zugleich muss sie die russischen und ukrainischen LSBTI und ihren Kampf für die Menschenrechte unterstützen.

*[beschlossen auf dem 25. LSVD-Verbandstag am 14.04.2013 in Berlin]*